

Deportiert und entrechtet – Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus

Ein Vortrag von Falk Pingel

Einführungsvortrag im Rahmen der Online-Vortragsreihe „Nationalsozialistische Zwangsarbeit in Österreich“ von _erinnern.at. Gehalten am 19.11.2020 auf Zoom, moderiert von Moritz Wein (_erinnern.at).



Bundesarchiv, Bild 183-B19887
Foto: Knödler | Mai 1942

An der Sammelstelle zur Deportation

Ohne die Zwangsarbeiter/innen aus den im Zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzten Gebieten hätte weder die Waffenproduktion für die Wehrmacht noch die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gewährleistet werden können.

Zwangsarbeit in großem Maßstab hat dazu beigetragen, dass selbst in der Phase der Zerstörung durch Bomben und großer Menschenverluste an der Front immer neue Waffen nachgeliefert und der Krieg fortgeführt werden konnte. Viele Zwangsarbeiter/innen empfanden das als eine schwere Belastung, denn durch ihre Arbeit halfen sie, das System, das sie unterdrückte, an der Macht zu halten.

Es ist erstaunlich, dass dieser so wichtige Beitrag zu Arbeit und Leben während des Krieges alsbald aus der aktiven Erinnerung, dem öffentlichen Gedenken und der historischen Forschung verschwunden ist – nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in den meisten Herkunftsländern der Zwangsarbeiter/innen. Daher soll es in diesem Vortrag nicht nur um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter/innen (im folgenden ZA abgekürzt), sondern auch um die verschlungenen Wege unseres Erinnerungsvermögens gehen.

Der quantitative Umfang der Zwangsarbeit

Von 1939 bis zum Kriegsende 1945 sind mindestens **13 Mio.** ZivilarbeiterInnen, Kriegsgefangene und Häftlinge aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten zur Arbeit nach Deutschland verbracht worden.

Im August 1944 waren ca. **7,6 Mio.** ausländische Arbeiter/innen im damaligen „Groß-deutschen Reich“ (d.h. z.B. einschließlich Österreichs bzw. der „Ostmark“ des NS-Reiches) beschäftigt – das waren fast ein Viertel aller Beschäftigten; davon waren **ca. 6 Mill. Zivilarbeiter**, von denen wiederum ca. 1/3 Frauen waren.

(http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_4_6_spoerer.pdf)

Es hat unterschiedliche Kategorien von ZA im NS gegeben. Ich konzentriere hier auf die **zivilen ZA**. Sie waren für die Bevölkerung während des NS am deutlichsten sichtbar, sie lebten mitten unter der städtischen und ländlichen Bevölkerung und arbeiteten mit ihr. Außer zivilen ZwangsarbeiterInnen wurden vor allem KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene zur Arbeit eingesetzt – aber diese waren weitgehend in eigenen Lagern und Betrieben untergebracht und hatten keinen oder wenig Kontakt zur Bevölkerung mit der Ausnahme von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft.

Am 30.9.1944, einem Zeitpunkt, an dem die Zahl der ZA einen Höhepunkt erreicht hatte, **waren in der Ostmark 580.640 ZA im Einsatz, also etwa 10% der Gesamtzahl im Reich** (Freund/Perz, 2004, S. 35; Engel/Radzyner, 1999, S. 266). Von Mai 1940 bis zum Mai 1944 war in der Ostmark die Zahl der Beschäftigte in der Industrie von 527.000 auf 735.000 gestiegen, vor allem durch die Ausweitung der Rüstungsproduktion (Freund/Perz, 2004, S. 146). Dieser Anstieg der industriellen Arbeitskräfte konnte nur durch die Verfügung über die ZA geleistet werden, deren Anzahl im Mai 1944 205.000 (einschließlich Kriegsgefangener) betrug (Schausberger, 1970, S. 117). In Rüstungsbetrieben stellten sie oft 30-50% der Beschäftigten.

Die größten nationalen Gruppen stellten sowjetische (200.000 – davon 130.000 aus der Ukraine), italienische (92.000 – abweichend von der Reihenfolge im Gesamtreich, in dem die Italiener nicht zu den größten Gruppen zählten), polnische (86.000) und jugoslawische (83.000) ZA (Spoerer, 2004, S.289; Freund/Perz, 2004, S. 28).

Ab Oktober 1944 wurden auf Grund einer Vereinbarung mit der ungarischen Regierung ca. **80.000 ungarische Juden** nach Österreich deportiert, von denen ca. 50.000 überwiegend zum Bau des Südostwalls eingesetzt wurden. Damit kamen erstmals seit den Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager wieder Juden ins Reich – so dringend war für die Nazis der Arbeitseinsatz geworden. Dennoch blieb die Haltung der Bewacher stark von rassenideologischen Vorgaben geprägt. Schon auf dem Transport starben Tausende. Primitive Unterkünfte, schwere körperliche Arbeit, Schikanen bei Schwerstarbeit führten zu weiteren 10.000 Toten bis zum Jahresende, bevor die Evakuierungsmärsche weitere Opfer kosteten (Freund/Perz, 2004, S. 183; Lappin, 2004)

Für die Nationalsozialisten hatten nicht alle Menschen den gleichen Wert.

Die Nationalsozialisten teilten die Menschheit in Rassen ein, denen sie unterschiedliche Lebenschancen zumaßen. An der Spitze der Wertpyramide standen sie selbst – Angehörige der „germanische Rasse“, die „Herrenmenschen“ oder „Arier“. Am Ende

standen die slawischen Völker und die Juden aller Nationen.

Für die „Fremdarbeiter“, wie sie in der NS-Verwaltungssprache genannt wurden, galt ein Sonderrecht. Gemäß der Rassenideologie wurden für den Einsatz ost- und westeuropäischer ZA unterschiedliche Vorschriften erlassen. Das begann schon vor dem Krieg.

- Der Erlass des Geheimen Staatspolizeiamts vom 26.6.1939 für tschechische Arbeiter/innen aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ sah KZ-Haft bei Arbeitsverweigerung, politischer Betätigung oder sonstiger „staatsfeindlicher Einstellung“ vor.
- Ein Erlass des Reichsführers SS vom März 1940 schrieb vor, dass polnische Arbeitskräfte durch ein "auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstückes" aufzunähendes "P" gekennzeichnet werden müssen (Herbert, 1999, S. 87ff.).

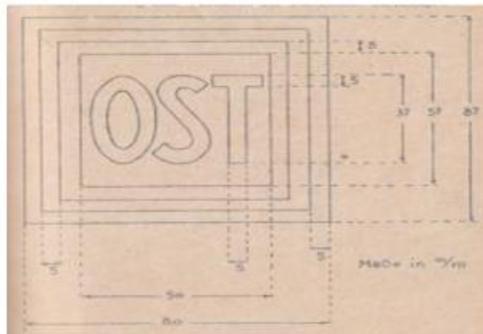
**Kenntlichmachung
=Diskriminierung**

Polen



Zeichen für poln. ZA 1940-1945

**Aufnäher „OstarbeiterInnen“
mit genauer Nähanleitung
ab 1942**



Quelle: Deutsches Historisches Museum Berlin

Und so ging es weiter. Mit jedem neu besetzten Gebiet kamen neue „Fremdarbeiter“ hinzu und folgten neue Erlasse.

So enthielt z.B. die „Polizeiverordnung über die Regelung der Lebensführung der polnischen Zivilarbeiter“-(-innen) vom 5.11.1943 folgende Verbote:

I. Aufenthaltsbeschränkungen

II. Ausgehverbot für die Nachtstunden

III. Verbot der Benutzung von Verkehrsmitteln ...

VI Verbot Einrichtungen und Veranstaltungen gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung zu besuchen oder zu benutzen

VII. Verbot des näheren Umgangs mit Deutschen soweit er nicht im Hinblick auf den Arbeitseinsatz unbedingt erforderlich wird. ...

Die Verordnung umfasste gesamt 4 Seiten (Staatsarchiv Detmold, M 1 IP Nr. 566)

Das Benutzungsverbot für Verkehrsmittel hatte zur Folge, dass die ZA oft lange Wege

vom Unterbringungsort zum Arbeitsplatz zurücklegen mussten. Ihre Märsche blieben der Bevölkerung nicht verborgen, die sich so über die spärliche Ausstattung der ZA z.B. mit Kleidung ein Bild machen konnte.

Warum gab es all diese einschränkenden Erlasse?

Die Rekrutierung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten war eine Notmaßnahme, verursacht durch die Einziehung von Land- und Industriearbeitern zur Wehrmacht, die durch ZA ersetzt werden mussten. Selbst führende Nazis, ganz abgesehen von breiten Bevölkerungsschichten, hatten damit ideologische Schwierigkeiten.

So gab es auf einer Parteikonferenz im Juli 1940 eine Auseinandersetzung über den Fremdarbeitereinsatz, der „deutsche Arbeit“ bedrohen und herabwürdigen würde: Übernahmen Fremdarbeiter wertschaffende Arbeit, führe dies zum Verfall der „stärksten rassistischen Kräfte“. ZA sollten nur Handlangerdienste oder schmutzige und niedrig angesehene Arbeiten verrichten. Das ließ sich aber nicht durchhalten. SS-Führer Himmler drückte diesen Zwiespalt zwischen Ideologie und Notwendigkeit in einer Rede aus, mit der er um das Verständnis der Bevölkerung für den Zwangsarbeitereinsatz warb, an dem es offenbar vielerorts mangelte. „Ihr zahlreiches Auftreten erregt bei der Bevölkerung oft Ärgernis“, so betitelte Freund (1994) einen Aufsatz über Zwangsarbeit in der Wiener Neustadt. Himmler stellte vor den versammelten Gauleitern am 29.2. 1940 klar:

„Es wäre besser, wenn wir sie nicht hätten, aber wir brauchen sie. ... Die Polen werden insgesamt herübergeholt und insgesamt als Polen behandelt.“

Die Formel „als Polen behandelt“ war offenbar unmißverständlich, aber schonender als das Wort „mißhandelt“, was treffender gewesen wäre.

(Rede Himmlers vor Gauleitern und anderen Parteifunktionären am 29.2.1940 in Berlin, in: Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Petersen, Frankfurt am Main 1974)

Die Vorschriften sollten Distanz zur deutschen Bevölkerung schaffen und die ZA in den Augen der Bevölkerung abwerten. Plakate warnten vor Mitleid und Umgang mit dem „Feind“.

Je geringer die Nähe eines Volkes zur „germanischen Rasse“, desto größer sollte die **Distanz** ausfallen, desto mehr Verbote und Einschränkungen gab es für die Betroffenen; das bedeutete härtere Arbeit, weniger Verpflegung, Unterbringung auf engstem Raum usw. Die sogenannten „Ostarbeiter“ aus der Sowjetunion, Polen und am Kriegsende die Juden traf das härteste Los.

Anfangs haben die deutschen Besatzungsbehörden versucht, Fremdarbeiter anzuwerben - freiwillig, um den polizeilichen Aufwand in den besetzten Gebieten gering zu halten und die Bevölkerung nicht noch mehr gegen die Besatzungsmacht aufzubringen.



Im besetzten sowjetischen Gebiet warb ein Plakat um Fremdarbeiter mit der Verheißung: „Wir fahren nach Deutschland, arbeiten für den Frieden und eine bessere Zukunft.“ Manchem, der unter dem harten Besatzungsregime litt, schien das anfangs noch glaubhaft. So wies ein polnischer ZA in einem Interview auf die Arbeitslosigkeit in seinem Dorf hin und erklärte: „Und da war man gar nicht so abgeneigt, für einen sicheren Job ins Ausland zu gehen und etwas von der Welt zu sehen.“ (Engel/Radzyner, 1999, S. 111)

Das erwies sich aber schnell als Illusion. Da die freiwilligen Meldungen die deutschen Erwartungen nicht erfüllten, ersetzten die Besatzungsbehörden die Versprechungen durch **Drohung und Zwang**.

Sie gingen dazu über, jahrgangswise an militärische Verhältnisse angelehnte „Gestellungsbefehle“ zu versenden. Umso mehr versuchten die Betroffenen sich der Deportation zu entziehen, z.B. durch Untertauchen, Selbstverstümmelung, schnelle Eheschließung. Nicht nur arbeitsfähige Männer, sondern auch zumeist noch junge Frauen wurden aus ihren Familien und Lebenszusammenhängen gerissen und zu Sammelpunkten für den Transport nach Deutschland getrieben. Auf Grund der Transportbedingungen – in der Regel tagelange Fahrten in Güterzügen fast ohne Essen und Trinken – kamen viele ZA entkräftet an ihrem Einsatzort an. Ein österreichischer Bauleiter charakterisierte die 1942 auf seiner Baustelle ankommenden Transporte sowjetischer Kriegsgefangener als „Kolonie ausgemergelter Hungergestalten“ (Engel/Radzyner, 1999, S. 221).



Quelle: Bundesarchiv Bild 183-RT0662, Mai 1942

Hanna P., geb. 1924, deportiert 1942 aus der Ukraine, berichtet in einem Brief vom 25.03.2003:

"Im Jahr 1942 hat die deutsche Besatzungsmacht die freiwillige Abreise nach Deutschland verkündet. Doch es ließen sich keine Freiwilligen finden und daher begann man sie mit Gewalt zu zwingen. Bei Ablehnung der Reise wurde mit Erschießung oder Verbrennung der Häuser gedroht ... Alle Jugendlichen ergriffen die Flucht. Ich habe mich im Nachbardorf bei meiner Schulfreundin versteckt. Sie hat

man nicht genommen, weil sie krank war. Meine kleine Schwester hat mir Essen an einen bestimmten Ort gebracht. Eines Tages kam sie nicht. Ich entschloss mich, mir Klarheit zu verschaffen und geriet in einen Hinterhalt. Dann hat man meinen alten und kranken Vater aus der Geiselhaft entlassen und die Hütte nicht verbrannt. Mich setzte man auf ein Pferdefuhrwerk zwischen zwei Leute der Polizaj und man brachte mich zu einem Sammelpunkt des Kreises. Meine Mutter ist dem Wagen 12 km weit nachgelaufen, um mir ein Bündel mit Essen mitzugeben ..."

Walentina A., geb. 1922, deportiert im April 1942, schrieb in einem Brief vom 25.12.2001:

"Man hat uns in einem großen leeren Haus untergebracht. ... Bald sind ‚Käufer‘, die Besitzer einer Fabrik, gekommen und haben für jede von uns 5 Reichsmark bezahlt. Sie luden uns ein und brachten uns nach Bielefeld [dem Einsatzort in Deutschland]." (Diese und folgende Briefauszüge sind im Kontakt mit ehemaligen ZA gesammelt worden vom DGB Arbeitskreis „Zwangsarbeit in Bielefeld“ und der Bielefelder Sektion des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“)

Entbehungsreiches Leben unter Zwang, Hunger und Willkür

Die Ernährungslage der ZA hing von vielen Faktoren ab: Wohnten sie in einer Stadt oder auf dem Land, arbeiteten sie bei Bauern oder in einer Fabrik. Allgemein gilt, dass die Ernährungslage und oft auch die Behandlung der ZA in der Landwirtschaft besser war als in der Industrie und insbesondere als bei Bauvorhaben. Allerdings war die Behandlung oft harsch; die Bauern behaupteten dann oft, das sei aus Selbstschutz geschehen, um nicht der Gestapo aufzufallen; doch in vielen Berichten heißt es, dass die Bauernfamilien zusammen mit den ZA gegessen hätten, was gegen die Vorschriften verstieß (Karner / Ruggenthaler, 2004). Es ist schwer hier zu einer quantitativen Abschätzung zu kommen. Auch für Österreich liegen positive Berichte und Beispiele dafür vor – wie wir noch sehen werden -, dass ZA nach dem Krieg auf dem Hof weiterarbeiteten und nach einiger Zeit eingebürgert wurden. Letztlich übten die Menschen, mit denen und für die die ZA arbeiteten, einen großen Einfluss auf ihre Lage aus. Was aber alle ZA miteinander verband, war die kollektive Erfahrung des Hungers.

Hungern, aber nicht Verhungern, das galt jedenfalls für die meisten. Besonders schlechte Bedingungen herrschten oft im Bergbau und auf Großbaustellen (in Österreich vor allem beim Kraftwerks- und Staudammbau im Gebirge), wo viele ZA innerhalb weniger Monate ausgezehrt wurden. Das z.Tl. sprunghafte Ansteigen von „Ostarbeitern“ im Ruhrgebiet 1942 führte zu verheerenden Zuständen und so ungenügender Arbeitsproduktivität, dass selbst die NS-Behörden einschritten: „Die vom GBA [Generalbevollmächtigten für den Arbeitsdeinsatz] eingesetzte Untersuchungskommission bescheinigte dem Bochumer Verein [ein Gußstahlwerk im Ruhrgebiet] eine völlig ungenügende Betreuung und Unterbringung der Ostarbeiter, unzureichende Verpflegung ..., eine katastrophale, durch Prügeleien ... charakterisierte Stimmung sowie die Praktik des Nahrungsentzugs bei unzureichenden Arbeitsleistungen“ (Schwarze, S. 74).

Chronische Unterernährung, Arbeitszeiten von bis zu zwölf Stunden und katastrophale hygienische Verhältnisse waren Ursache für eine spezifische pathogene

Disposition. Viele ZA erkrankten. Eine Diagnose durchzieht die Quellen wie ein roter Faden: Lungentuberkulose – eine typische Mangelkrankheit.

Die Einstellung gegenüber den „Ostarbeitern“ in den Jahren 1941/42 spiegelt die Äußerung eines Vertreters der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gegenüber einem Krupp-Betriebsleiter wieder: „Wenn der Eine nicht taugt, taugt der andere. Die Bolschewisten seien seelenlose Menschen, wenn hunderttausende eingingen, kämen weitere Hunderttausend dran.“ (Kruppsches Schreiben v. 25.2.1942, zitiert nach Herbert, 1986, S. 32) In der Werkszeitschrift der Firma Hämmerle in Vorarlberg heißt es in einem Artikel: „Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir es hier mit primitiven Menschen zu tun haben.“ Deshalb solle man keine Mitgeföhle zeigen, „ja, vor lauter Geföhlsduseligkeit diesen Lebensmittel und sonstiges, das sie sich vom eigenen Mund absparen, zustecken“ (Engel/ Radzyner, 1999, S. 190).

Nicht zuletzt wegen der erwartbaren niedrigen Arbeitsleistung, den Anlern- und Disziplinierungsschwierigkeiten zeigten sich Unternehmer zum Teil zögerlich, ZA anzufordern, doch ohne diese waren die Rüstungsaufträge nicht zu bewältigen. „Mit dem Russeneinsatz wird man sich allmählich befreuden müssen ... auf lange Sicht gesehen [liege] nun derjenige richtig, der sich Russen beschaffe (Wirtschaftsgruppe Eisen, Bezirksgruppe Nordwest, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung v. 19.11. 1941, Herbert, 1986, S. 29).

Ein Gegenbeispiel bestätigt diese Regel und belegt zugleich, dass die Betriebe Möglichkeiten hatten, die Lage der ihnen zugewiesenen ZA zu verbessern: Das Rüstungskommando Innsbruck schrieb 1941 über den Einsatz im Flugzeugbau, dass die Arbeitsleistung einer kleinen Gruppe französischer Kriegsgefangener zufriedenstellend sei, „zum Teil sogar besser als die [der] einheimischen Arbeiter. Diese Gefangenen werden allerdings gut behandelt und erhalten zeitweise von der Firma Obst und kleine Zubaßen.“ (Engel/Radzyner, 1999, S. 192).

Verantwortlich waren für den Einsatz sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der ZA – grob zusammengefasst - der GBA, die DAF sowie der jeweilige Betrieb vom Direktor bis zum Vorarbeiter. Die Behörde des GBA steuerte den Arbeitseinsatz auf höchster Ebene; die DAF war für die Rahmenbedingungen von Ernährung, Unterbringung und Arbeitsbedingungen (Entlohnung, Arbeitszeit etc.) zuständig, während die Betriebe diesen Rahmen konkret ausfüllen mussten (zu den institutionellen Bedingungen des Zwangsarbeitseinsatzes siehe die umfangreiche Studie von Herbert, 1999).

Wie beurteilten die ehemaligen ZA ihre Lage?

Jekaterina P. berichtet in einem Brief vom 18.12.2001:

„Man kann sagen, dass man uns bei der Arbeit nicht schlecht behandelte. Wenn wir aber nach der Arbeit nach Hause gingen, dann schrien die deutschen Frauen: ‚Schweine‘ oder bespuckten uns.“

Anderes erlebte Marija T. (Brief vom 8.12.2001):

„Auf dem Weg vom Lager zur Arbeit und zurück versuchten uns deutsche Frauen heimlich ein Stückchen Brot zustecken Es war gefährlich das anzunehmen, man wurde heftig geschlagen – derjenige, der gab, und derjenige, der es nahm.“

In den meisten Aussagen erscheint jedoch eine „gute“ und der NS-Ideologie widersprechende Behandlung eher seltener als Missachtung oder sogar Mißhandlung. Es wird oft berichtet, dass insbesondere Vorgesetzte die Ausländer, besonders die „Ostarbeiter“, als "Unter-enschen" ansahen und entsprechend behandelten.

„Der Umgang im Betrieb war so: es gab Menschen, die nicht schlecht waren, es gab aber welche, die nicht gut waren, so zum Beispiel: Wenn einer von ihren Leuten einen Bohrer beschädigt, lässt man es ihm durchgehen, wenn ihn aber jemand von den Russen kaputt macht, so kriegt er einen in die Seite.“ (Anna R. in einem Brief vom 8.01.2002)

„Wenn jemand seine Norm nicht erfüllte oder Ausschuss produzierte, so wurde man mit Peitschen geschlagen.“ (Anna K. in einem Brief vom 7.1.2002)

Die ZA waren in eigens errichteten Lagern oder bestehenden Räumlichkeiten untergebracht, die sich für eine Massenunterbringung eigneten. Hier vor allem knüpften sie **Kontakte** zu anderen nationalen Gruppen, begegneten sich Männer und Frauen, die in getrennten Baracken oder Unterkünften wohnten, zwischen denen aber eine gewisse Durchlässigkeit bestand. ZA aus westeuropäischen Ländern konnten Post empfangen und hatten mehr Freizügigkeit in der Freizeit.

In dieser insgesamt elenden Situation lebten auch **Kinder**, die mit Familienangehörigen deportiert worden waren. Heutiges Nachfragen bei Zeitzeugen aus dem NS löst die Rückfrage aus: Kinder sollen dabei gewesen sein? Man hatte sie gar nicht wahrgenommen (Schwarze, 1997) – auf dem Foto der Deportations-Sammelstelle am Anfang dieses Beitrags sind sie aber deutlich zu sehen.

Etwa 1,5 Millionen vorwiegend polnische und sowjetische Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wurden während des Zweiten Weltkrieges als ZA ins Reich verschleppt und ab 12 Jahren zur Arbeit eingesetzt, so z.B. beim risikoreichen Bombenräumen. Ab 1944 zog man auch Kinder ab zehn Jahren zur Arbeit heran. Die jüngeren verblieben über Tag in der Regel unbetreut im Lager.

Widersätzlichkeit: Die wohl häufigste Form stillen Protestes war Langsamarbeit, nicht allein aus politischen Gründen, sondern auch als Selbstschutz, um die eigenen Kräfte zu schonen. Allerdings war es schwierig, hier die Balance zu halten und nicht wegen „Faulheit“ geschlagen oder gar wegen „Sabotage“ an die Gestapo ausgeliefert zu werden. Offene Proteste gegen unzureichende Arbeitsbedingungen kamen aber durchaus vor. So verließen polnische ZA eine Baustelle in der Steiermark, weil sie keinen Weihnachtsurlaub bekommen hätten, der ihnen zugesichert war (Engel /Radzyner, S. 108). Rafetseder zitiert aus den Akten des österreichischen Versöhnungsfonds offene und heimliche Widerstandsaktionen; so hätten französische ZA die Internationale gesungen. Ähnliches wird auch aus Deutschland berichtet, wo ZA auf dem Weg zur Arbeit Arbeiter- oder nationale Lieder gesungen hätten, um ihrem Protest gegenüber der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, die zum Teil der Meinung war, die ZA hätten es im Deutschen Reich besser als in ihren Heimatländern. Zu verbotenen Handlungen gehörte auch die Weitergabe von Informationen über das Vorrücken der Alliierten und das Hören ausländischer Sender mit in die Unterkunft geschmuggelten oder selbst gebastelten Radios. Mit Herannahen der Fronten im Jahr 1944 wurden die ZA offenbar mutiger. Beschwerden über unzureichendes Essen und

schlechte Behandlung häuften sich, die Arbeitsdisziplin lockerte sich seit Mitte 1944. Die ZA schienen sich vor Bestrafung sicherer zu fühlen, weil sie einerseits angesichts der Zerstörungen und Auskämmen der Betriebe durch die Aushebungen der verbliebenen freien Arbeiter an die Front unentbehrlicher wurden, andererseits ihre Bewacher und die deutschen Arbeiter begannen, Repressalien nach der absehbaren deutschen Niederlage wegen Mißhandlung von ZA zu befürchten (Rafetseder, 2014)

Trotz solcher aktiver Handlungen, die den Intentionen der Nazis entgegenliefen, kommt doch in vielen Berichten ein Gefühl der Entmündigung, ja der Ohnmacht gegenüber den beschwerlichen Alltagsbedingungen und dem Verlust der Kommunikation mit der Heimat und Familie unter den Besatzungsbedingungen zum Ausdruck – das galt ins-besondere für die „Ostarbeiter-Innen“. Nach der Befreiung findet sich in manchen Berichten ehemaliger ZA die Klage, die Deutschen hätten ihnen die Jugend geraubt. Manche können die fehlende Berufsausbildung nicht nachholen, leiden unter Folgekrankheiten wie Rheuma und geraten in eine „Armutsfalle“, die sie allenfalls seit den 1990er Jahren bedingt verlassen können (McLoughlin, 2012, S. 240).

Durch Zwangsarbeit erzwungene Rationalisierung industrieller Arbeitsprozesse

Der zunehmende Facharbeitermangel bzw. der Ersatz von erfahrenen Facharbeitern durch an- oder gar ungelernete ZA ohne hinreichende Deutschkenntnisse ab Kriegsmitte konnte nur durch eine veränderte Arbeitsteilung bewältigt werden. Die Rüstungsplanung musste hierauf bei der Umstellung von ziviler auf Kriegsproduktion und bei der Neuplanung von Produktionsanlagen Rücksicht nehmen. Maschinentypen wurden vereinheitlicht, komplizierte Arbeitsgänge in einfachere zerlegt, Disziplinierungsmittel wie z.B. Einlieferung in ein KZ neu überdacht, weil schon der Ausfall an einem Arbeitsplatz zum Stillstand einer ganzen Produktionsreihe führen konnte (Hachtmann, 2008). Diese Rationalisierungseffekte wirkten sogar über den Krieg hinaus und verschafften insbesondere der Montan- und Chemieindustrie einen Modernisierungsschub. Die DAF entwickelte 1941/42 Tests zur „Ausländerauslese“. Geeignete ZA wurden vor allem in modernen Industrien, für die wenige Facharbeiter zur Verfügung standen, in neu erreichten Werken eingesetzt, die von Anfang an mit Spezialwerkzeugmaschinen für die Fließbandarbeit ausgestattet wurden, wie z. B. die Flugzeugwerke Wiener Neustadt, die Flugmotorenwerke Ostwerke in Wien, Heinkel-Schwechat und Daimler-Steyr-Puch, wo KZ-Häftlinge produzierten. Die Hermann-Göring-Werke im heutigen Salzgitter in Deutschland sowie in Linz zählten im Kriege zu den größten und modernsten Stahlwerken auf dem Kontinent und arbeiteten mit einem hohen Anteil von ZA, darunter KZ-Häftlingen (Rathkolb, 2001).

Befreiung und Heimkehr

Obwohl die näher rückenden Fronten und die zunehmende Unübersichtlichkeit in zerbombten Städten den ZA ein Ende ihrer Unterdrückung verhießen, zählten die letzten Kriegsmomente doch oft zu den schwersten und verlustreichsten. Unter immer rigoroseren Bedingungen wurden in den besetzten Gebieten Razzien auf arbeitsfähige Personen durchgeführt.

Der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ in einer Rede vor Mitarbeitern am 18.3.1944 in Paris:

"Ich mache Sie, meine Arbeitseinsatzmänner, mit größtem Ernst darauf aufmerksam: Der Führer erwartet von uns und ich erwarte von Ihnen, daß die Transporte rollen. Von jetzt ab wird Ihre Arbeit nur noch gemessen und Ihre Bewährung nur noch gesehen an der Zahl der Tausenden Arbeiter, die täglich neu ins Reich kommen, denn das Reich hat sie notwendig."

(Zitiert nach:

<https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/freiwillige/index.html>)

Bei einigen Bauvorhaben wie z.B. bei der Verlegung wichtiger Rüstungsproduktion in unterirdische Stollen wie für die Herstellung der V-Waffen wurde die Arbeitskraft von ZA – hier oft von KZ-Häftlingen – bis zum letzten ausgebeutet, um überhaupt die Waffenproduktion aufrecht zu erhalten. Auf den mörderischen Einsatz der ungarischen Juden habe ich eingangs hingewiesen. Während der heftigen Bombardements in den Jahren 1943 bis 1945 durften ZA keine Bunker aufsuchen, sondern verblieben in ihren Unterkünften oder am Arbeitsplatz. In schwer getroffenen Industriestädten starben daher in dieser Zeit die meisten ZA nicht an Hunger, Auszehrung oder Mißhandlung, sondern kamen in Folge der Bombardierung um. Angesichts dieser Bedrohungen wurde die Befreiung wie eine plötzliche – wenn auch erwartete – Erlösung empfunden, verbunden mit starken und herausfordernden Emotionen:

„Die Befreiung war ein Schock, das kann man nicht beschreiben, man kann es nicht weitergeben. Das muss man selbst erleben.“ (Inna K. in einem Brief vom 14.8.04)

„Befreiung, das war Verlängerung des Lebens, Hoffnung auf eine glückliche Zukunft, das Wiedersehen der Heimorte, der Verwandten und Dorfgenossen. Jetzt, nach so vielen Jahren, feiern wir den ‚Tag des Sieges‘. Für mich ist das ein großer Feiertag, und das nicht nur für mich, sondern für alle Einwohner unseres Dorfes und der Ukraine.“ (Katerina S., Brief vom 20.1.2005)

In breiten Teilen der Bevölkerung: Erinnerung an Plünderungen und Angst

Nach der Befreiung verließen viele ZA die Lager und Unterkünfte, zogen durch die Orte und beschafften sich Lebensmittel und Kleidung, die sie so lange hatten entbehren müssen. Bei den Plünderungen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, auch zu Todesfällen, da manche ZA Waffen etwa der geflohenen Wachtposten in Besitz genommen hatten. Diese nur wenige Monate andauernde Phase chaotischer Zustände, während der Teile der Bevölkerung – oft hemmungsloser noch als die ZA – unbewachte Wehrmachtlager ausraubten, prägten nun die Erinnerung an die ZA (Herbert, 1983). Plünderungen und Gewalttaten der ZA, über die auch die zeitgenössische Presse berichtete, wurden stets genannt, wenn Zeitgenossen später über ihre Erfahrungen mit ZA befragt wurden. So heißt es in einem Bericht aus Bielefeld über diese Zeit: „Die ehemals Gefangenen waren Herren der Erde ... Ein Zustand ohne Gesetz und Ordnung ist der unerträglichste, schlimmer als eine grausame Diktatur.“ (Kühne, 2002, S. 177) Hier wirkte die NS Propaganda nach, die gerade die ZA aus Osteuropa als tierisch und moralisch minderwertig herabgesetzt hatte. Nun schienen sie in den Augen der Bevölkerung genau das zu tun, wovor die Nazis gewarnt hatten. Die Angst vor den ZA schimmert schon in vielen örtlichen Stimmungsberichten vor der Kapitulation durch. In dieser Angst spiegelt sich ein Wissen von dem Unrecht,

das den ZA angetan worden war, von denen man nun Rache erwartete und fürchtete. Erleichterung trat ein, als die Alliierten für die Rückführung der ZA in ihre Lager und dann für die Rückkehr in die Herkunftsländer sorgten.

Auch auf der Großbaustelle von Kaprun hatten sich ZA bewaffnet und Lebensmittel requiriert. Die Bauarbeiten in Kaprun waren während des Krieges kaum vorangekommen und konnten erst in den 1950er Jahren beendet werden. „Kaprun wurde zum Symbol für den österreichischen Wiederaufbau, seine Arbeiter –verdient – zu dessen Helden. Die ebenso mühsame und gefährliche Vorarbeit der Tausenden hierher gezwungenen Ausländer blieb bis in die Mitter der 90er Jahre fast völlig vergessen und unbedankt.“ (Engel/Radzyner, 1999, S. 223 u. S. 239; Rathkolb/Freund, 2014)

Bis zum Jahresende 1945 hatten fast alle DPs [= displaced persons, Deportierte, zum größten Teil ZA] aus westeuropäischen Ländern und die meisten der Osteuropäer Deutschland und Österreich wieder verlassen. Die Erleichterung über die Rückführung der ZA mischte sich nun wieder mit Abgrenzung und Diskriminierung (Rathkolb, 1999). In einem Spottgedicht 1947, veröffentlicht im Salzburger Tagblatt, heißt es (Engel/Radzyner, 1999, S. 181):

„Bel ami DP

Geh zurück, chier nix Glück, bel ami!

Geh zurück mit Musik bel ami!

Wir so arm wie Kirchenmaus, du chier leben Saus und Braus,

geh nach Haus, geh nach Haus, marsch hinaus

Sympahie für DP, bel ami, Sympathie? Nix und nie, bel ami.“

Schwierig gestaltete sich allerdings die Rückkehr von ZA und insbesondere Kriegsgefangenen, die ihren Wohnort in der Sowjetunion hatten. Die Westalliierten hatten sich verpflichtet, sowjetische Bürger an die Sowjetunion auszuliefern, doch hielten sie sich daran bald nicht mehr, nachdem bekannt geworden war, dass die Rückkehrer mit Repressalien zu rechnen hatten. Deportierte widersetzten sich in manchen Fällen sogar der Rückkehr in ihre Herkunftsländer, wenn diese inzwischen im Einflussbereich der sowjetischen Herrschaft lagen.

„...Nach der Ankunft zu Hause (jeder ging nach Hause wie er konnte) galten wir als Vaterlandsverräter. Man behandelte uns schlecht, wir konnten keine Anstellung bekommen, die wir uns wünschten. Man hat uns ... vorläufige Papiere ausgestellt, die [erst] mit der Zeit durch Pässe ersetzt wurden. Nach dem Tod unseres Führers Stalin hat sich das Verhältnis zu uns verbessert. Wir haben gearbeitet, jeder wo er nun Arbeit finden konnte, bis zum festgesetzten Alter...“

Entscheidend für den **Verbleib** von ZA besonders aus der Landwirtschaft in Österreich war die Befürchtung, dass sie im Heimatland von der Geheimpolizei geprüft und beobachtet, eventuell zur Arme oder in ein Arbeitslager geschickt werden würden oder ohnehin ihre Familien auseinander gerissen waren, Angehörige nicht mehr lebten und sie somit ihre alte soziale Umgebung kaum wiederfinden würden.

Das führte zu zum Teil verschlungenen Lebenswegen: Eine ukrainische Zwangsarbeiterin, die auf einem Hof in Vorarlberg arbeitete, verliebte sich in den Bruder des Bauern; letzterer behandelte sie schlecht. Wahrscheinlich meldete er die Liebesbe-

ziehung der Polizei. Der Bruder kam erst in ein KZ, dann zum Militär, sie in ein Straflager, dann anschließend aber wieder zurück auf den Hof, wo sich das Verhältnis zum Bauern weiter verschlechterte. Nach dem Krieg verließ sie den Hof, aber nicht Österreich und konnte 1946 den aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Bruder heiraten und weiterhin in der Landwirtschaft arbeiten (nach Bacher, 2012b, S. 315; allgemein siehe Petrov/Ruggenthaler/Stelzl-Marx, 2004, S. 455-478).

Ahndung von Verbrechen und späte Entschädigung

In den 1946 von den Alliierten durchgeführten „Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen“ wurde der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Insbesondere die gewaltsamen Deportationen aus den besetzten Gebieten wurden als Unrecht erkannt. Opfern wurde grundsätzlich ein Anspruch auf Entschädigung zugesprochen, auf konkrete Regelungen konnten sich die Alliierten aber nicht einigen.



Fritz Sauckel (2. Reihe rechts) auf der Anklagebank im Nürnberger Gerichtssaal (1945/46, Office of the U.S. Chief of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality, http://wikipedia.org/wiki/Fritz_S)

Auf Grund des Wirtschaftssäuberungsgesetzes v. 30.4.1947 wurden in Österreich insgesamt 61.050 Personen entlassen, davon ca. 50% „Dienstnehmer“ (davon wiederum ca. 4.700 „leitende“) und knapp unter 50% Unternehmer, der Rest Freie Be-

rufe; ca. 36.000 der überprüften Personen konnten in ihrer Stellung verbleiben (Stiefel, 1981, S. 195). Allerdings wurde die meisten der Entlassenen alsbald wieder eingestellt und mit leitenden Stellen im Wiederaufbau der Wirtschaft betraut.

Die westlichen Alliierten hatten sich nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland damit einverstanden erklärt, die Frage der Entschädigung von Ausländern bis zu einer späteren, gesamtdeutsch gedachten Regelung aufzuschieben. Auf ausländischen Druck schlossen die Bundesregierung und einzelne Großfirmen zwar gesonderte nationale bzw. individuelle Entschädigungs-Abkommen ab, die sich in der Regel aber nur auf Zwangsarbeit von Personen aus westlichen Staaten bezogen. Der Staatsvertrag der Alliierten mit Österreich von 1955 sah den Verzicht auf Reparationen einschließlich entgangener Lohnzahlungen für Zwangsarbeit vor.

Die Wirtschaft argumentierte, dass sie von der NS-Regierung gezwungen worden sei, Zwangsarbeit einzusetzen, um die geforderten Produktionsziele erfüllen zu können (Kannapin, 1966). Die Rolle der Industrie im Nationalsozialismus blieb lange ein weißer Fleck in den Firmengeschichten. Nach dem Krieg wurden die ZA oft in die Belegschafts-Statistiken nicht mehr aufgenommen, als hätten sie zur Produktion gar nicht beigetragen. In Schausbergers bahnbrechendem Werk zur Rüstungsindustrie in Österreich unter NS-Herrschaft (1970) existiert das Stichwort „Zwangsarbeiter“ nicht; als Teil der Arbeitskräfte werden nur am Rande KZ-Häftlinge und KG genannt.

Nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 nahm der ausländische Druck zu, eine umfassende Entschädigungsregelung zu erreichen, die insbesondere die bisher nicht berücksichtigten ehemaligen ZA aus osteuropäischen Ländern einbeziehen sollte.

Unter der rot-grünen Koalitionsregierung wurde in **Deutschland** im Jahre 2000 die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) gegründet und mit einem Kapital von 5,2 Milliarden € ausgestattet. Diese Summe wurde jeweils zur Hälfte vom Bundeshaushalt sowie von Spenden der Industrie aufgebracht.

Parallel zu den Forderungen an Deutschland drohten auch Sammelklagen gegen **österreichische** Betriebe. Das führte zur Einsetzung einer österreichischen (1998) und zahlreicher betrieblicher Historikerkommissionen. Die Präambel zum Koalitionsvertrag von ÖVP und FPÖ vom Februar 2000 stellte die Verantwortung Österreichs für Unrecht, das während des NS in Österreich geschehen war, fest. Die Österreichische Historikerkommission ging im Jahr 2000 von ca. 239.000 überlebenden ZA aus (einschließlich von KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen – das war aber zu hoch eingeschätzt) von fast 1 Mill. Überlebender 1945.

Das österreichische Bundesgesetz über den „Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes“ (Versöhnungsfonds-Gesetz) trat am 27. November 2000 in Kraft (Feichtlbauer, 2005) und sah Entschädigungszahlungen abgestuft nach der vermuteten Schwere der Arbeits- und Lebensbedingungen vor, wie folgende Tabelle zeigt.

Versöhnungsfonds

Mittelgeber	Auszahlung/Person
Österreich (Bund)	268,889.486€
Bundesländer	36,336.494 €
Wirtschaft	133,750.279€
Sonstige (kath. Kirche)	277.828 €
Summe	439,254.087€

Landwirtschaft, Dienstleistung	1453 €
Wirtschaft, Bau	2543 €
„Sklavenarbeiter“ (KZ, Arbeitserziehungslager, Anhaltelager etc. - Häftlinge, Roma, Sinti, Juden)	7630 €

Ausgezählte Summe ~ 352 Mill. €

<http://www.versoehnungsfonds.at/index-2.html>

Sklavenarbeiter bzw. Sklavenarbeiterinnen im Sinn des Gesetzes waren Personen, die unter Bedingungen arbeiten mussten, wie sie für Insassen der Konzentrationslager (KZ) typisch waren.

Insgesamt wurden 155.000 Anträge gestellt (Bacher, 2012a, S. 42), von denen fast 132.000 genehmigt wurden (Rafetseder, 2012, S.63). Die meisten Antragsteller lebten in der Ukraine (ca. 40%) und waren zwischen 1920 und 1929 geboren (ebenda, S.79). 3% der Antragsteller wurden als Kind einer ZA in Österreich geboren (ebenda, S. 83). Aus nicht verbrauchten Mitteln des Versöhnungsfonds gründete die Republik Österreich 2005 den mit 20 Mill. € ausgestatteten „Zukunftsfond“, der Projekte zur Aufarbeitung des NS und speziell des Holocaust und der Zwangsarbeit fördert.

Die Auszahlungen aus dem Versöhnungsfond erforderten eine möglichst genaue Dokumentation der Aufenthaltsorte und -zeiten der ZA. Im Verlauf der Erhebungen wurden Interviews mit ehemaligen ZA geführt und Lebensberichte aufgeschrieben, die auch ihren Weg in Veröffentlichungen in den Heimatländern der ZA fanden. Durch die materielle Aufwertung und die Berichterstattung trat die bisherige skeptische oder diskriminatorische Haltung gegenüber den ZA zurück und die ZA fanden sowohl offiziell als auch in der breiten Öffentlichkeit weitgehend Anerkennung als Opfer des NS.



Literaturverzeichnis

Bacher, Dieter (2012a) Zwangsarbeit in Österreich und die Arbeit des „Österreichischen Versöhnungsfonds“, in: Bacher/Karner, S. 15-58

Bacher, Dieter (2012b) Eine neue Heimat. Eine Motivanalyse in Österreich verbliebener Zwangsarbeiter anhand des Aktenbestandes des „Österreichischen Versöhnungsfonds“, in: Bacher/Karner, S. 271-322.

Bacher, Dieter / Stefan Karner (Hg.) (2012) Zwangsarbeiter in Österreich 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal (Innsbruck: Studienverlag)

Engel, Reinhard / Joana Radzyner (1999) Sklavenarbeit unterm Hakenkreuz. Die verdrängte Geschichte der österreichischen Industrie (Wien: Franz Deuticke Verlagsgesellschaft)

Feichtlbauer, Hubert (2005) Zwangsarbeit in Österreich 1938-1945. Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit. Späte Anerkennung, Geschichte, Schicksale, Hrg. Österreichischer Versöhnungsfond (Wien: Brainstrust)

Freund, Florian / Bertrand Perz (2004) Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945, in: Österreichische Historikerkommission, S. 7-273

Hachtmann, Rüdiger (2008) Fordismus und Sklavenarbeit. Thesen zur betrieblichen Rationalisierungsbewegung 1941 bis 1944, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, 43/44, S. 21-34

Herbert, Ulrich (1983) Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer: Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet (Bonn: Dietz Verlag) S. 233-266

Herbert, Ulrich (1986) Der „Ausländereinsatz“. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939-1945 – ein Überblick, in: Jochen August u.a.: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945 (Berlin: Rotbuch), S. 13-54

Herbert, Ulrich (1999) Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches (Bonn: Dietz)

Kannapin, K. E. (1966) Wirtschaft unter Zwang (Köln)

Karner, Stefan / Peter Ruggenthaler: Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945 (Wien: Oldenbourg, 2004) (Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission)

Kühne, Hans-Jörg (2002) Kriegsbeute Arbeit. Der „Fremdarbeitereinsatz“ in der Bielefelder Wirtschaft 1939-1949 (Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte)

Lappin, Eleonore (2004) Die Rolle der Waffen-SS beim Zwangsarbeitereinsatz ungarischer Juden im Gau Steiermark und bei den Todesmärschen ins KZ Mauthausen (1944/45), in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Jahrbuch 2004 (Wien) S. 77-112)

McLoughlin, Barry (2012) Eine zweite Chance, eine zweite Heimat? Die Übersiedlung ehemaliger Zwangsarbeiter von Österreich nach Großbritannien 1945-1950, in: Bacher/Karner, S. 230-270

Mulley, Klaus Dieter (1986) Zur Entnazifizierung der österreichischen Wirtschaft, in: Sebastian Meissl / Klaus-Dieter Mulley / Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955 (Wien: Oldenbourg) S.100-128

Österreichische Historikerkommission (2004) Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945 (München: Oldenbourg)

Petrov, Nikita / Peter Ruggenthaler / Barbara Stelzl-Marx (2004) Repatriierung oder Verbleib in Österreich? Entscheidung nach Kriegsende, in: Karner/Ruggenthaler, S. 455-478

Rafetseder, Hermann (2012) Zahlen und Schicksale. Eine Strukturanalyse des Zwangsarbeitereinsatzes in Österreich anhand des Aktenbestandes des „Österreichischen Versöhnungsfonds“, in: Bacher/Karner, S. 61-114

Rafetseder, Hermann (2014) NS-Zwangsarbeits-Schicksale. Erkenntnisse zu Erscheinungsformen der Oppression und zum NS-Lagersystem aus der Arbeit des Österreichischen Versöhnungsfonds (Bremen: Wiener Verlag für Sozialforschung)

Rathkolb, Oliver (1999) Fremdenfeindlichkeit am Beispiel der Displaced Persons in Österreich nach 1945, in: Erika Weinzierl / Oliver Rathkolb / S. Mattl (Hrsg.) Symposium Justiz und Zeitgeschichte am 23. und 24. Oktober 1997 in Wien (Innsbruck-Wien: StudienVerlag,) S. 29-39

- Rathkolb, Oliver (Hrg.) (2001) NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG, Berlin, 1938 – 1945 (Wien: Böhlau Verlag) 2 Bände
- Rathkolb, Oliver / Florian Freund (Hg.) (2014) NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“ 1938-1945. Ennstalwerke – Kaprun – Drauwerke – Ybbs-Persenbeug – Ernsthofen (Wien: Böhlau,) erw. 2. Aufl.
- Schausberger, Norbert (1970) Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung (Wien: Verlag Brüder Hollinek)
- Schwarze, Gisela (1997) Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg (Essen: Klartext)
- Spoerer, Mark (2004) Wie viele der zwischen 1939 und 1945 auf heutigem österreichischen Territorium eingesetzten Zwangsarbeiter leben noch im Jahre 2000?, in: Österreichische Historikerkommission, S. 274-411
- Stiefel, Dieter (1981) Entnazifizierung in Österreich (Wien: Europaverlag)